

# Aktive Faktenverdrehung

Biodiversitätsinitiative: Wie der Bauernverband und Bundesrat Albert Rösti die Stimmbevölkerung hinters Licht führen.

Von Cornelia Eisenach und Priscilla Imboden, 05.09.2024



Max Slobodda

Folgenden Satz sollten Sie nicht lesen, findet Bundesrat Albert Rösti: «Die Biodiversität in der Schweiz befindet sich heute in einem besorgniserregenden Zustand, der sich anhaltend verschlechtert.»

Es ist ein Satz, der den wissenschaftlichen Konsens wiedergibt. Er stand so ursprünglich im Abstimmungsbüchlein zur Biodiversitätsinitiative, über die die

Schweizer Stimmbevölkerung am 22. September abstimmt.

Doch dann wurde er auf Geheiss des Umweltdepartements gestrichen. Nach einem «Morgenrapport mit dem Chef», also mit Bundesrat Albert Rösti. Das geht aus E-Mails hervor, die die Republik über das Öffentlichkeitsgesetz eingefordert hat.

Zuvor war dieser Satz extra noch eingefügt worden, als «Minimallösung», von der Sektion Politische Rechte der Bundeskanzlei. Die Bundeskanzlei ist zuständig für die Vorbereitung von Abstimmungen.

Die Sektion Politische Rechte hatte kritisiert, der Abstimmungstext müsse die Einschätzung des Zustands der Biodiversität durch den Bundesrat klarer benennen, wie es in einer E-Mail heisst. Doch von dieser Einschätzung erfahren die Stimmbürgerinnen nun nichts. Jetzt heisst es nur noch, die Vielfalt an Tieren und Pflanzen nehme seit längerem ab.

Der ursprüngliche Satz sei «eine wertende Einschätzung des aktuellen Zustands», sagt die Mediensprecherin von Bundesrat Rösti, Franziska Ingold. Aufgrund dieses Inputs und nach Abwägen habe die Bundeskanzlei den Satz gestrichen. Das Departement Rösti versucht die Verantwortung also abzuschieben. Doch der genaue Wortlaut im Abstimmungsbüchlein ist immer Verhandlungssache – und letztlich eine Machtfrage.

Es ist nicht das erste Mal, dass im Umweltdepartement von Albert Rösti Texte zur Biodiversität beschönigt werden. Im Abstimmungskampf fügt sich dieser Vorfall nun in ein grösseres Bild ein: Der öffentliche Diskurs verschiebt sich. Es geht nicht mehr darum, wie wir die Krise der Biodiversität bekämpfen. Sondern darum, ob es diese überhaupt gibt.

## **Strategie der Leugnung**

«Es geht darum, Zweifel an der Existenz der Krise zu säen», sagt die Literaturwissenschaftlerin Claudia Keller von der Universität Zürich. Sie ist Mitglied des Forums Biodiversität der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften und sie erforscht, wie über Biodiversität geschrieben und gesprochen wird.

Keller hat die aktuelle Debatte ausgewertet und verweist auf frühere Analysen: Die

Strategie des «Zweifelsäens» ist altbekannt. Mit ihr hat es ein kleiner Kreis von Akteuren jahrzehntelang geschafft, den Expertenkonsens zu den Folgen von Tabakkonsum oder zum Klimawandel infrage zu stellen, wie die US-amerikanischen Autoren Naomi Oreskes und Erik Conway in ihrem Buch «Die Machiavellis der Wissenschaft» darlegen.

Beim Thema Biodiversität wird nun nach gleichem Muster vorgegangen. Bereits 2020 warnte ein Kommentar in der Fachzeitschrift «Nature Ecology and Evolution» vor der weltweiten Zunahme der organisierten Leugnung der Biodiversitätskrise, getrieben von politischen und finanziellen Interessen.

In der Schweiz treibt massgeblich der Schweizer Bauernverband die Strategie des «Zweifelsäens» voran. Ihr Chef Markus Ritter sagte dem «Tages-Anzeiger»: «Eine Biodiversitätskrise kann ich nicht erkennen.»

Neu ist, dass ausgerechnet das Regierungsmitglied, das für den Schutz der Umwelt zuständig ist, dieses Spiel mitspielt. Bundesrat Albert Rösti möchte in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» ebenfalls «nicht von einer Biodiversitätskrise sprechen».

Diese explizite, wörtliche Leugnung sei dabei nur ein kleiner Teil der Strategie, erklärt Literaturwissenschaftlerin Keller. Wichtig sei auch die interpretative Leugnung des anhaltenden Biodiversitätsverlusts: Diese stellt Rohdaten – etwa Zahlen zu Arten und Lebensräumen – nicht infrage, aber gibt ihnen durch Wortwahl und Kontext eine andere Bedeutung.

Das geschah in der Schweiz hauptsächlich durch eine Studie, die vom Bauernverband in Auftrag gegeben wurde. In ihr spricht der Studienautor, der Biologe Marcel Züger, von «Veränderung» statt «Verlust» der Biodiversität. Ein Beispiel, wie den Daten durch Sprache ein anderer Spin gegeben wird.

Züger kommt unter anderem zu dem Schluss, dass es mit der Artenvielfalt bergauf gehe. Das stimmt für einen bestimmten Zeitraum und bestimmte Arten, stellt aber die Gesamtsituation in der Schweiz falsch dar.

Obwohl die Studie nicht im wissenschaftlichen Peer-Review-Verfahren begutachtet

oder in einer Fachzeitschrift veröffentlicht wurde, bekam Züger in der NZZ die Gelegenheit, seine Meinung in einem Interview ausführlich darzulegen. «Die Studie bekommt eine grosse Plattform, ohne dass sie durch Experten oder kritische Nachfragen eingeordnet wird», sagt Keller.

Schweizer Wissenschaftler und Biodiversitätsforscherinnen kamen erst später zu Wort, allerdings nicht in einem Interview, sondern in einem scheinbar einordnenden Artikel in der NZZ. Darin wurden die Worte der Wissenschaftler so kontextualisiert, dass sich ihre Aussagen ins Gegenteil verkehrten und sie die Kernthesen der Züger-Studie angeblich stützen.

Doch das hatten sie nicht getan, wie sowohl das Forum Biodiversität der Akademie der Naturwissenschaften als auch die ETH-Forschungsanstalt an für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) in Stellungnahmen richtigstellten. Einer der falsch zitierten ETH-Forscher fragte auf LinkedIn, ob es der NZZ darum gehe, «Polemik zu entfachen und meinen Namen dafür zu gebrauchen».

Daraufhin passte die NZZ den Online-Artikel an, doch die wenigsten Leserinnen dürften das noch mitbekommen haben.

Die WSL publizierte einen Faktencheck unter anderem zu den Schlussfolgerungen aus der Züger-Studie, und auch einige Medien berichteten kritisch über die Studie. Das ist zum einen gut. Zum anderen führt dies aber auch zu einer «Debattisierung der Wissenschaft», wie Keller es nennt. Dadurch, dass eine Minderheitsmeinung publiziert und debattiert werde, stelle man den wissenschaftlichen Konsens infrage. Das Ziel, Zweifel zu säen, ist erreicht.

Als Reaktion darauf haben sich Schweizer Biodiversitätsforscher nun zusammengetan und eine gemeinsame Stellungnahme publiziert, die momentan von aktuell rund 350 Wissenschaftlerinnen unterschrieben ist. «Der Zustand und die Entwicklung der Biodiversität in der Schweiz machen uns Sorgen», heisst es darin. Die bisherigen Anstrengungen und Massnahmen würden nicht ausreichen.

Diese breit abgestützte Stellungnahme erhielt aber deutlich weniger Aufmerksamkeit in den Medien als die Auftragsstudie des Bauernverbands.

Doch das ist noch längst nicht alles. Vergleicht man die wichtigsten Argumente der Gegner der Biodiversitätsinitiative mit dem wissenschaftlichen Konsens, so zeigt sich: Sie sind gespickt mit Fehlaussagen und aus dem Kontext gerissenen Fakten.

---

## **Biodiversität: Wie unsere Lebensgrundlage erodiert**

Biodiversität bezieht sich nicht nur auf die Vielfalt der Arten, sondern auch auf jene der Lebensräume und der unterschiedlichen Merkmale im Erbgut innerhalb einer Art. Man kann den Begriff auch als «biologische Vielfalt» oder «Vielfalt des Lebens» verstehen.

Gemäss dem Biodiversitätsbericht des Bundes sind ein Drittel der Arten in der Schweiz gefährdet oder bereits ausgestorben und die Hälfte der Lebensraumtypen sind bedroht. Diese Arten und Lebensräume müssen aktiv geschützt werden.

Sowohl in der Schweiz als auch weltweit sterben die Arten viel schneller aus, als dies natürlicherweise zu erwarten wäre. Expertinnen sprechen von einem Massenaussterben. Der Grund sind menschliche Aktivitäten.

Ein Schlüsselfaktor ist die intensive Landwirtschaft. Pestizide verunreinigen Ökosysteme, stickstoffhaltige Dünger belasten Böden, Luft und Gewässer auch ausserhalb von landwirtschaftlichen Flächen, und schwere Maschinen verdichten den Boden. Ausserdem sorgt die Zersiedelung der Landschaft durch Strassen, Wohn- und Gewerbebauten dafür, dass der Boden versiegelt wird und wertvolle Lebensräume verschwinden, zerschnitten oder auf Restflächen reduziert werden. Der Klimawandel und invasive, gebietsfremde Arten setzen die biologische Vielfalt ebenfalls unter Druck.

Neben diesen sogenannten direkten Treibern nennt der Weltbiodiversitätsrat auch indirekte Treiber: Sie haben mit unseren Werten und unserem Konsumverhalten zu tun, die dazu führen, dass wir Ressourcen nicht nachhaltig nutzen.

## **1. Nein, die Trendwende ist noch nicht erreicht**

Die Gegner der Initiative behaupten, die Arten und Lebensräume stünden zwar unter Druck, erholten sich aber bereits wieder. Oft zeigen sie auf einzelne Arten wie Rotmilan, Steinkauz, Wolf oder bestimmte Schmetterlinge, wo sich Bestände tatsächlich erholt haben.

Er sehe «nicht weniger Schmetterlinge als früher», sagte zum Beispiel Bundesrat Röstli

in einem Interview. Auch die Auftragsstudie des Schweizer Bauernverbands stellt einzelne Beispiele als angeblichen Beleg für eine Trendwende heraus.

Doch diese Darstellung ist irreführend. Die Erholung einiger Arten bezieht sich auf einen relativ kurzen Zeitraum von etwa 30 Jahren. Nur für diesen Zeitraum liegen Daten aus dem Schweizer Biodiversitätsmonitoring vor.

Die grossen Biodiversitätsverluste fallen aber in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Landwirtschaft mit grösseren Maschinen, Stickstoffdünger und Pestiziden immer intensiver wurde. Zwar geht es einigen Arten heute besser als vor 30 Jahren, aber immer noch viel schlechter als vor 80 Jahren.

Max Slobodda

Max Slobodda

«Es ist wie ein Fussballverein, der aus der Super League in die 4. Liga absteigt», sagt Florian Altermatt, Professor für Aquatische Ökologie an der Universität Zürich und

Präsident des Forums Biodiversität der Akademie der Naturwissenschaften. «Wenn man wieder in die 3. Liga aufsteigt, ist das eine Verbesserung, aber bei weitem nicht das Ziel, das man erreichen möchte.»

Es erholen sich diejenigen Arten, die nicht mehr bejagt werden oder die gezielt gefördert wurden. Beispiele wie der Steinkauz, dessen Bestände seit 1990 wachsen, sind kein Beweis dafür, dass es mit der Artenvielfalt in der Schweiz insgesamt bergauf geht, sondern dass gezielte Massnahmen zu ihrem Erhalt Wirkung zeigen. Trotzdem sind die Bestände immer noch auf sehr viel tieferem Niveau als ursprünglich.

Besser geht es auch sogenannten Generalisten, die in vielen Lebensräumen gut klarkommen. Zum Beispiel Krähen und Füchsen. Hingegen sind Spezialistinnen, die eine ganz bestimmte Umgebung zum Überleben brauchen, stark bedroht.

Das betrifft beispielsweise Arten, die in Hochmooren leben, von denen in den letzten 150 Jahren 90 Prozent verloren gegangen sind, Vögel, die am Boden brüten, oder Pflanzen, die nährstoffarme Böden brauchen und wegen der Stickstoffeinträge aus Düngemitteln kaum mehr Lebensraum finden.

Denn der Stickstoff im Dünger bleibt nicht auf den Äckern. Über Regen kommt er in die Gewässer und über Verdunstung in die Luft und verteilt sich so grossräumig in der ganzen Schweiz.

Es gibt bei der Biodiversität in der Schweiz also einige positive Entwicklungen, aber diese erhielten in der öffentlichen Diskussion zu viel Gewicht, sagt Altermatt: «Man zeigt ein paar Arten, denen es besser geht, und verschweigt das grosse Ganze.»

Diese Auswahl eines falschen Zeitraums und das Herausstellen einzelner Positivbeispiele seien Beispiele für die interpretative Leugnung der Krise, wo zwar die Daten anerkannt würden, aber daraus die falschen Schlüsse gezogen würden, sagt Claudia Keller.

## **2. Nein, die Landwirtschaft tut nicht genug**

Der Bauernverband argumentiert, dass die Landwirtschaft ja schon genug für die Biodiversität tue. Immerhin seien 19 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen

sogenannte Biodiversitätsförderflächen. Das sei mehr, als nötig wäre, um Direktzahlungen zu erhalten. Diese sind an den ökologischen Leistungsnachweis gebunden, der fordert: 7 Prozent der Fläche für die Biodiversität.

Das stimmt, die Bauern tun tatsächlich etwas für die Biodiversität. Dennoch sollte man die Zahl der 19 Prozent genauer betrachten. Denn viele dieser Flächen liegen nicht an einem Ort, wo sie der Biodiversität helfen. Sowohl im Kontext eines einzelnen Betriebs als auch der ganzen Schweiz.

Denn oft schützen Bauern jenen Teil ihres Landes als Biodiversitätsförderflächen, auf dem sie sowieso schlecht produzieren können. Unabhängig davon, ob sich der Ort eignet, um eine Vielfalt an Arten anzulocken. Für die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats ist die Wirkung der Förderflächen «ganz klar unzureichend», da Bauern sie frei wählen können.

Ausserdem befindet sich der Grossteil dieser Flächen in den Berggebieten, wo intensive Landwirtschaft sowieso kaum möglich ist. Im Tal- und Hügelgebiet, insbesondere im Mittelland, wo intensiver Ackerbau betrieben wird und die Biodiversität am stärksten unter Druck ist, gibt es kaum Schutzflächen. Auf Äckern beträgt der Anteil knapp 2 Prozent.

Im Nachgang der abgelehnten Pestizidinitiative hatte der Bundesrat zwar beschlossen, die Biodiversität auf dem Ackerland stärker zu fördern: In Zukunft sollten die Bauern 3,5 Prozent ihrer Ackerfläche für die Förderung der Biodiversität bereitstellen. Das Ziel war beschlossene Sache – bis die Landwirtschaftslobby im Parlament dieses Jahr erreichte, dass es gekippt wurde.

Es bleibt also beim Status quo. Doch es reicht nicht, den Schutz der biologischen Vielfalt in die Berge auszulagern. Denn erstens hilft das nicht den Arten, die auf Habitate im Flachland angewiesen sind. Und zweitens braucht es gerade dort, wo Ackerbau betrieben wird, bestimmte Ökosystemdienstleistungen der Biodiversität. Dazu zählen etwa eine Vielfalt an Insekten zum Bestäuben oder fruchtbare Böden.

Der Schweizer Bauernverband ist der Meinung, es müsse nur die Qualität der bestehenden Flächen erhöht werden. Doch es braucht weitere Flächen an Orten im Tal- und Hügelland, und sie müssen besser miteinander vernetzt werden.

Das sehen auch einige Bauern so. Nicht alle sind gegen die Initiative. Die Kleinbauern-Vereinigung zum Beispiel hat sich dafür ausgesprochen. Und die Agrarallianz fasste zwar keine Parole, hält aber in einer Mitteilung den Handlungsbedarf bei der Biodiversität fest und deren Wichtigkeit für die Landwirtschaft.

### **3. Nein, der Bund unternimmt zu wenig Wirksames**

Bund und Kantone hätten bereits wirksame Massnahmen zugunsten der biologischen Vielfalt ergriffen, sagte Albert Rösti bei einer Medienkonferenz zur Biodiversitätsinitiative Mitte August. Soll heissen: Ja, wir haben zwar ein Problem, aber wir haben Lösungen und die wirken auch schon.

Doch das ist – zumindest auf Bundesebene – irreführend, wie die genaue Betrachtung einiger dieser Massnahmen zeigt.

Zum Beispiel geht es um das Gesetz zum Schutz von Biotopen nationaler Bedeutung. Es wurde in den 1980er-Jahren etabliert und fordert, dass bestimmte Lebensräume geschützt und aufgewertet werden. Das heisst: Hier wird nicht gebaut und die Artenvielfalt aktiv gefördert.

«Wir sehen aber, dass bei diesen Lebensräumen nicht mal der Status quo aufrechterhalten wird», sagt Ökologe Altermatt. Zu diesem Schluss kam auch das Bundesamt für Umwelt in einem Bericht 2021. Darin heisst es, der Schutz in 75 Prozent der Gebiete sei ungenügend. Bis heute hat sich die Lage nicht verbessert. Damit verstösst die Schweiz gegen ihr eigenes Gesetz. «Das liegt auch daran, dass die finanziellen Mittel nicht vollständig zur Verfügung stehen», sagt Altermatt.

Doch mehr Geld ist nicht in Sicht. Vor wenigen Wochen lehnte es die Umweltkommission des Nationalrats ab, mehr Mittel für den Naturschutz zu sprechen. Der Grund, den Rösti dafür gab: Das Parlament habe die Biodiversitätsinitiative ohne Alternative abgelehnt. Das sei als «Bewertung der Problematik» zu verstehen.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan SBS, der im Abstimmungsbüchlein explizit erwähnt wird. Er geht zurück auf die Strategie Biodiversität Schweiz (SBS) von 2012. Darin setzte sich die Schweiz zehn Ziele, die sie bis 2020 erreichen wollte, um den Verlust der Biodiversität einzudämmen.

Zu diesem Zweck arbeiteten Experten einen Aktionsplan mit Massnahmen aus. Dieser wurde jedoch verworfen und mit einem abgespeckten Plan ersetzt, der politisch machbar schien, doch viel Kritik aus der Fachwelt auf sich zog.

Mit Verspätung trat er 2017 in Kraft. Eine Wirkungsanalyse 2023 ergab, dass ein Grossteil der Massnahmen nicht auf Kurs war und wenig Wirkung erzielte oder dass man ihre Wirkung nicht messen konnte. So zeigte sich: Die Ziele waren zehn Jahre nach ihrer Formulierung weitgehend verfehlt worden.

Für die zweite Etappe der Umsetzung dieses Aktionsplans empfahlen mehrere externe Gutachterinnen daher vor allem eines: mehr Geld für Personen, die die Massnahmen umsetzen und koordinieren können. Schon zuvor hatte die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats den Bundesrat auf die fehlenden personellen Ressourcen hingewiesen.

Doch bisher gibt es nicht mehr Ressourcen, wie die Medienstelle des Bundesamts für Umwelt auf Anfrage der Republik bestätigt.

Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen: Der Bund hat zwar Massnahmen beschlossen. Aber wenn man genauer hinschaut, zeigt sich, wie wenig sie bringen.

«Die Lösungsansätze, die es gibt, und ihre Wirkung werden grösser gemacht, als sie sind», sagt Literaturwissenschaftlerin Keller. Sie sieht in dieser Darstellungsart eine implizite Leugnung der Krise.

#### **4. Nein, der Schutz schliesst nicht aus, dass Land genutzt werden kann**

Auf Plakaten behaupten Gegner der Initiative, 30 Prozent Schweizer Boden wären «weg». Würden bei einer Annahme der Initiative unantastbar. Das ist Quatsch. Aber aus der Luft gegriffen ist die Zahl nicht.

Die 30 Prozent kommen aus dem sogenannten «30 by 30»-Ziel, das auf der internationalen Biodiversitätskonferenz von Kunming-Montreal 2023 festgelegt wurde. Es ist Teil eines Abkommens, das auch die Schweiz ratifiziert hat. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche bis 2030 für die Erhaltung der Biodiversität zur Verfügung zu stellen. Auch die Schweiz

hat dieses Ziel in den Verhandlungen ab Beginn unterstützt.

Max Slobodda

Max Slobodda

«Es gibt zahlreiche internationale Studien, die gezeigt haben, dass mindestens 30 Prozent der Fläche einer Region nötig sind, um die Biodiversität zu erhalten», sagt Jodok Guntern. Er ist stellvertretender Leiter des Forums Biodiversität. Das Forum hatte 2013 ebenfalls eine Studie zur nötigen Fläche für die Schweiz durchgeführt. Dabei kam man auf ähnliche Grössenordnungen, die auch von weiteren Analysen für die Schweiz bestätigt wurden.

Um Unantastbarkeit geht es hingegen nicht. «Die Flächen können genutzt werden, solange die Biodiversität nicht beeinträchtigt wird», sagt Guntern.

Das kann ein Waldreservat sein, in dem die Bevölkerung spazieren und sich erholen kann. Oder eine landwirtschaftlich extensiv genutzte Weide. Eine solche extensive

Nutzung ist sogar notwendig, um die Artenvielfalt auf Weideflächen zu erhalten. Schutz und Nutzung schliessen sich daher nicht aus, wenn es um das Flächenziel von 30 Prozent geht.

Die Schweiz ist besonders weit von diesem Ziel entfernt. Gemäss Bundesamt für Umwelt sind knapp 14 Prozent der Landesfläche der Schweiz als Gebiete für den Schutz der Biodiversität ausgewiesen. In der Europäischen Union sind bereits 26 Prozent der Fläche geschützt.

## 5. Nein, unsere Ernährungssicherheit ist nicht gefährdet

Ein Argument, das verlässlich Ängste schürt, ist jenes der Ernährungssicherheit. Wenn mehr Landesfläche für die Förderung der biologischen Vielfalt reserviert wird, dann könnten wir weniger Nahrung produzieren, heisst es. So sagte Bauernverbandspräsident Ritter im Zuge der Debatte über 3,5 Prozent Fläche für Biodiversität im Ackerland: Man wolle keinen Rückschritt mit Blick auf die Ernährungssicherheit.

Was er verschweigt: Auf rund 60 Prozent der Ackerfläche werden nicht Weizen für Brot oder Hafer fürs Birchermüesli angepflanzt, sondern Mais und Getreide, um Nutztiere zu füttern. Das ist ernährungstechnisch ineffizient, da drei Viertel der Kalorien bei der Umwandlung in Fleisch oder Milch verloren gehen. Das ist auch der Grund, weshalb die Schweiz nur rund die Hälfte der Lebensmittel, die die Bevölkerung braucht, selbst anbaut.

Es wäre möglich, die gesamte Bevölkerung mit rein inländischer Produktion zu ernähren, besagt eine Studie der Forschungsanstalt Agroscope. Nur: Der Fleischkonsum müsste drastisch sinken. Genau das wollen aber weder der Bauernverband noch die Mehrheit im Bundesrat und im Parlament. Im Gegenteil: Sie halten an umweltschädigenden Subventionen für die Fleischproduktion fest.

Das ist kurzfristig gedacht und geht letztlich auch gegen die Interessen der Bäuerinnen. Eine hohe Biodiversität sorgt dafür, dass wir auch in Zukunft Lebensmittel produzieren können. Indem sie dafür sorgt, dass die Böden fruchtbar bleiben. Oder dafür, dass das Ökosystem aus Kultur- und Wildpflanzen, Insekten, Würmern, Mikroorganismen und anderen Tieren und Pflanzen auf einem Acker widerstandsfähiger ist. Sei das gegen Hitzesommer oder gegen Schädlingsbefall.

## Was es jetzt braucht

Die Argumente der Gegnerinnen der Biodiversitätsinitiative halten einer kritischen Untersuchung nicht stand. Noch schlimmer: Sie ignorieren wissenschaftlich gesicherte Fakten und verhindern somit eine konstruktive Debatte jenseits der aktuellen Abstimmung. Umweltminister Rösli redet die desolate Lage schön.

Für Biodiversitätsforscher ist klar, dass die Politik nicht genug unternimmt, um den Verlust der Biodiversität zu stoppen. Was es bräuchte, ist bekannt:

- mehr Flächen für den Schutz von Arten und Lebensräumen;
- mehr Vernetzung zwischen den Flächen, sodass gefährdete Arten diese auch erreichen, ein zentrales Instrument dafür ist die ökologische Infrastruktur;
- mehr Geld, damit Lösungen nicht nur auf dem Papier existieren;
- weniger staatliche Subventionen für Aktivitäten, die die Biodiversität schädigen.

Unabhängig von der Abstimmung über die Biodiversitätsinitiative – die jetzige Strategie des Bauernverbands ist nicht nur Wissenschaftsleugnung. Sie erweist den Landwirten auch einen Bärendienst.

Denn die Bäuerinnen profitieren von einer Förderung der Biodiversität. Und zwar gleich zweifach: Sie werden dafür, zu Recht, vom Staat entschädigt. Und: Sie sichern die Grundlage der Nahrungsmittelproduktion in der Zukunft.